520 - 30

Dr. Vogt

B 1612A

351

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 18

München, den 14. November

1975

Datum	Inhalt	Seite
4. 11. 1975	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens (Rundfunkgebührenstaatsvertrag)	352
4. 11. 1975	Verordnung über den Vertreter des öffentlichen Interesses vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit	352
7. 11. 1975	Verordnung über Zuständigkeitsbestimmungen aufgrund des Zuständigkeitslockerungsgesetzes und der Zuständigkeitslockerungsverordnung (Zuständigkeitsbestimmungsverordnung — ZustBestV —)	353
7. 11. 1975	Verordnung über Zuständigkeiten im Namensänderungsrecht (ZustVNamÄndG)	353
7. 11. 1975	Verordnung über Zuständigkeiten im Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerecht (ZustVLmBG)	354
7. 11. 1975	Zuständigkeitsverordnung zur Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschau-gesetzes	354
7. 11. 1975	Zuständigkeitsverordnung zu § 5 b Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes	355
7. 11. 1975	Zuständigkeitsverordnung zum Wassersicherstellungsgesetz (ZustVWasSG)	355
7. 11. 1975	Verordnung über Zuständigkeiten im Warndienst	355
7. 11. 1975	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Übertragung von Aufgaben der Regierung nach dem Bundesbaugesetz auf die Kreisverwaltungsbehörden	355
7. 11. 1975	Verordnung über Zuständigkeiten im Kleingartenrecht	356
7. 11. 1975	Zuständigkeitsverordnung zu § 67 Abs. 3 des Bewertungsgesetzes	356
7. 11. 1975	Verordnung über Zuständigkeiten im Energiewirtschaftsrecht (ZustVENG)	357
7. 11. 1975	Erste Zuständigkeitsverordnung zur Handwerksordnung (1. ZustVHwO)	357
7. 11. 1975	Verordnung zur Ausführung des Güterkraftverkehrsgesetzes (AVGüKG)	357
7. 11. 1975	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten des Landesjugendamts	358
7. 11. 1975	Verordnung zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (DVJASchG)	358
7. 11. 1975	Verordnung über Zuständigkeiten im Arbeitszeitrecht	359
7. 11. 1975	Zuständigkeitsverordnung zum Ladenschlußgesetz (ZustVLadSchlG)	359
7. 11. 1975	Zuständigkeitsverordnung zu § 36 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsoferversorgung	360
7. 11. 1975	Zuständigkeitsverordnung zum Gräbergesetz	360
24. 9. 1975	Verordnung über die staatlichen Realschulen Amberg, München II, Simbach a. Inn, Taufkirchen bei München, Unterpfaffenhofen und Weiden i. d. OPf.	360
10. 10. 1975	Verordnung über die Errichtung einer staatlichen Berufsoberschule in Scheyern	361
16. 10. 1975	Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayeri-schen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus	361
27. 10. 1975	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit für die Genehmigung von Auslandsdienstreisen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus	362
13. 10. 1975	Änderung der Satzung der Bayerischen Landesbrandversicherungsanstalt	362

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Regelung des Rundfunkgebühren- wesens (Rundfunkgebührenstaatsvertrag)

Vom 4. November 1975

Der am 5. Dezember 1974 in Homburg (Saar) unterzeichnete Staatsvertrag über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens (Bekanntmachung vom 25. April 1975, GVBl S. 77) wird gemäß seinem Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 am 1. Januar 1976 in Kraft treten.

München, den 4. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h.c. G o p p e l

Verordnung über den Vertreter des öffentlichen Interesses vor den Gerichten der Verwaltungsgerichts- barkeit

Vom 4. November 1975

Auf Grund des § 36 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung, des Art. 43 Abs. 1 und des Art. 55 Nr. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

(1) Als Vertreter des öffentlichen Interesses in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit, auch soweit sie als Schiedsgerichte entscheiden, besteht eine Landesanzwaltschaft. Sie ist von den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit unabhängig.

(2) Die Geschäfte der Landesanzwaltschaft werden durch die Landesanzwaltschaft Bayern am Sitz des Verwaltungsgerichtshofs und die Landesanzwaltschaften am Sitz der Verwaltungsgerichte wahrgenommen.

(3) Der Generallandesanzwalt kann jedes Geschäft der Landesanzwaltschaft selbst wahrnehmen. Er kann Sachweisungen erteilen und sorgt für die Einheitlichkeit der Gesetzesauslegung und der Rechtsanwendung.

§ 2

(1) Die Beamten der Landesanzwaltschaft werden nach Art. 55 Nr. 4 der Verfassung des Freistaates Bayern und den Vorschriften des Bayerischen Beamtengesetzes ernannt.

(2) Die Landesanzwältinnen müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen oder die Voraussetzungen des § 174 der Verwaltungsgerichtsordnung erfüllen.

§ 3

(1) Die Dienstaufsicht über den Generallandesanzwalt übt der Staatsminister des Innern aus.

(2) Der Generallandesanzwalt ist Dienstvorgesetzter der Beamten der Landesanzwaltschaft.

§ 4

(1) Als Vertreter des öffentlichen Interesses hat die Landesanzwaltschaft mitzuwirken, daß das Recht sich durchsetzt und das Gemeinwohl keinen Schaden leidet. Sie ist hierbei nur an Weisungen der Staatsregierung gebunden; § 1 Abs. 3 bleibt unberührt.

(2) Unbeschadet des Weisungsrechts der Staatsregierung beteiligt sich die Landesanzwaltschaft zur Wahrung des öffentlichen Interesses an allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, bei denen sie eine Be-

teiligung wegen der staatspolitischen oder rechtlichen Bedeutung für geboten hält.

(3) In Verfahren vor den Kammern für Disziplinarsachen und vor den Disziplinarsenaten wirkt der Vertreter des öffentlichen Interesses nicht mit.

§ 5

(1) Die Landesanzwaltschaft vertritt den Staat

1. wenn die Klage oder ein sonstiger Antrag auf Sachentscheidung gegen den Staat gerichtet ist,
2. wenn die Klage gegen den Staat gerichtet ist und der Staat Widerklage nach § 89 der Verwaltungsgerichtsordnung erhebt,
3. wenn der Staat als Hoheitsträger beigeladen wird. § 4 Abs. 1 Satz 1 gilt auch in diesen Fällen.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 gilt nicht

1. wenn Klage erhoben wird in einem Verfahren nach dem Erstattungsgesetz vom 18. April 1937 (BayBS-ErgB S. 124),

2. wenn die Klage sich gegen einen Vollstreckungstitel richtet, der aus einem Verfahren hervorgegangen ist, in dem der Freistaat Bayern nicht durch die Landesanzwaltschaft vertreten war,

3. wenn das Verfahren eine Wert-, Kosten- oder Entschädigungs-(Vergütungs)festsetzung im Zusammenhang mit verwaltungsgerichtlichen Verfahren zum Gegenstand hat, soweit der Freistaat Bayern am Festsetzungsverfahren als Staatskasse beteiligt ist.

(3) Die Landesanzwaltschaft Bayern vertritt den Staat

1. wenn in einem Verfahren gemäß § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung die angefochtene Rechtsvorschrift von einer Staatsbehörde erlassen worden ist,

2. in Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht nach § 50 Abs. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung,

3. bei Rechtsstreitigkeiten nach Absatz 1 vor einem nichtbayerischen Gericht der Verwaltungsgerichtsbarkeit; der Generallandesanzwalt kann die Vertretung vor einem nichtbayerischen Verwaltungsgericht einer Landesanzwaltschaft am Sitz eines bayerischen Verwaltungsgerichts übertragen.

(4) Die Landesanzwaltschaft kann einen Vertreter beteiligter Staatsbehörden zur mündlichen Verhandlung und zur Beweisaufnahme nach § 96 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung zuziehen.

(5) Als Vertreter des Staates nimmt die Landesanzwaltschaft ihre Aufgaben im Benehmen mit den beteiligten Behörden wahr. Sie hat grundsätzlich den ihr im Einzelfall von den beteiligten Behörden gegebenen Instruktionen zu entsprechen. Lassen sich Meinungsverschiedenheiten nicht durch Verhandlungen ausgleichen, so berichtet die Behörde auf dem Dienstweg dem zuständigen Staatsministerium, die Landesanzwaltschaft der Landesanzwaltschaft Bayern. Lassen sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatsministerien und der Landesanzwaltschaft Bayern nicht ausgleichen, so entscheidet die Staatsregierung.

§ 6

Bestimmungen der Geschäftsordnungen des Verwaltungsgerichtshofs und der Verwaltungsgerichte über die Amtstracht gelten für die Landesanzwältinnen entsprechend.

§ 7

Das Staatsministerium des Innern erläßt die zum Vollzuge dieser Verordnung erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

§ 8

(1) Diese Verordnung tritt am 15. November 1975 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über den Vertreter des öffentlichen Interesses bei den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 23. März 1960 (GVBl S. 31), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. Dezember 1974 (GVBl S. 802), außer Kraft.

München, den 4. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. G o p p e l

Verordnung

über Zuständigkeitsbestimmungen aufgrund des Zuständigkeitslockerungsgesetzes und der Zuständigkeitslockerungsverordnung (Zuständigkeitsbestimmungsverordnung

— ZustBestV —)

Vom 7. November 1975

Auf Grund

1. des § 318 Satz 2 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (RGBl 1912 S. 3), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. September 1975 (BGBl I S. 2313),
2. des § 14 Abs. 2 Satz 3 und des § 20 Satz 3 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931 (RGBl I S. 150), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),
3. des § 36 Abs. 2 Satz 2 des Reichsheimstättengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. November 1937 (RGBl I S. 1291), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685), und des § 53 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung zur Ausführung des Reichsheimstättengesetzes vom 19. Juli 1940 (RGBl I S. 1027), geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),
4. des § 112 Abs. 4 Satz 2 der Ersten Wasserverbandsverordnung vom 3. September 1937 (RGBl I S. 933), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),
5. des § 7 d Satz 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGBl S. 499), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),
6. des § 70 Abs. 5 Satz 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 1974 (BGBl I S. 3193), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Juni 1975 (BGBl I S. 1398, ber. S. 2178),
7. des § 12 Abs. 2 Satz 2 der Bestimmungen über Heimarbeit in der Tabakindustrie vom 17. November 1913 (RGBl S. 751), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),

erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständige Behörde abweichend von den in § 318 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz genannten Vorschriften zu bestimmen.

§ 2

Die Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Innern werden ermäch-

tigt, durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden abweichend von § 14 Abs. 2 Satz 1 und von § 20 Satz 2 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes zu bestimmen.

§ 3

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden abweichend von § 17 Abs. 2 und von § 21 des Reichsheimstättengesetzes sowie abweichend von § 52 Satz 1 der Verordnung zur Ausführung des Reichsheimstättengesetzes zu bestimmen.

§ 4

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die abweichende Bestimmung im Sinne des § 112 Abs. 4 Satz 1 der Ersten Wasserverbandsverordnung zu treffen.

§ 5

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden abweichend von § 7 b Abs. 1 und 2 und § 7 c Abs. 5 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu bestimmen.

§ 6

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, zu bestimmen, daß abweichend von § 70 Abs. 1 Nr. 1 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde und abweichend von § 70 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung an Stelle der obersten Straßenbaubehörde andere Behörden zuständig sind.

§ 7

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden abweichend von § 11 und § 12 Abs. 1 Satz 1 der Bestimmungen über Heimarbeit in der Tabakindustrie zu bestimmen.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 20. November 1975 in Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. G o p p e l

Verordnung

über Zuständigkeiten im Namensänderungsrecht (ZustVNamÄndG)

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 13 a Satz 1 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 (RGBl I S. 9), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685), und des Art. I § 2 Abs. 3 Satz 1 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 7. Januar 1938 (RGBl I S. 12), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 5 Abs. 1 Satz 1, §§ 6, 8, 9 und 11 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen und von Art. I § 2 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ände-

zung von Familiennamen und Vornamen sind zuständige Behörden

1. die Regierungen
 - a) nach § 6 Satz 2 des Gesetzes,
 - b) nach § 8 des Gesetzes,
 - c) nach § 9 des Gesetzes hinsichtlich der Namensfeststellung,
2. die Kreisverwaltungsbehörden
 - a) nach § 6 Satz 1 des Gesetzes,
 - b) nach Art. I § 2 der Verordnung hinsichtlich der Namensänderung,
3. die Gemeinden nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes, auch soweit auf diese Bestimmung in § 8 Abs. 1 Satz 2 und in § 11 Halbsatz 1 des Gesetzes verwiesen ist.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.
München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

Verordnung über Zuständigkeiten im Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerecht (ZustVLmBG)

Vom 7. November 1975

Auf Grund

1. von § 10 Abs. 2 Satz 2, § 37 Abs. 4 Satz 3 und § 50 Abs. 2 Satz 2 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes vom 15. August 1974 (BGBl I S. 1945),
2. des § 4 Satz 3 des Nitritgesetzes vom 19. Juni 1934 (RGBl I S. 513), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),
3. des § 1 Abs. 4 Satz 1 der Verordnung über vitaminisierte Lebensmittel vom 1. September 1942 (RGBl I S. 538), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Mai 1975 (BGBl I S. 1281, ber. S. 1859),
4. des § 2 Satz 3 der Verordnung über Tee und teeähnliche Erzeugnisse vom 12. Dezember 1942 (RGBl I S. 707), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Mai 1975 (BGBl I S. 1281, ber. S. 1859),
5. des § 1 Abs. 3 Satz 2 der Bekanntmachung über fetthaltige Zubereitungen vom 26. Juni 1916 (RGBl S. 589), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),

erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Zuständigkeit zum Erlaß von Hygieneverordnungen
Die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 10 Abs. 2 Satz 1 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes wird auf das Staatsministerium des Innern, die Landkreise und die kreisfreien Städte übertragen.

§ 2

Zuständige Behörden für die Zulassung
von Ausnahmen

Zuständig für die Zulassung von Ausnahmen ist

1. in den Fällen des § 37 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b und c des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes das Staatsministerium des Innern, soweit nicht der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit zuständig ist,

2. in den Fällen des § 37 Abs. 2 Nr. 4 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes die Regierung, in deren Bereich der Hersteller, der Einführende oder der sonst über das Lebensmittel, das Tabakerzeugnis, das kosmetische Mittel oder den Bedarfsgegenstand Verfügungsberechtigte seinen Betriebsitz oder Aufenthalt hat.

§ 3

Zuständige Behörde im Sinne von § 50 des
Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes

- (1) Zuständige Behörde, der nach § 50 Abs. 2 Satz 2 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände, die zur Ausfuhr bestimmt sind und den lebensmittelrechtlichen Vorschriften nicht entsprechen, gemeldet werden müssen, ist die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Bereich die Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetischen Mittel oder Bedarfsgegenstände hergestellt oder behandelt werden.

- (2) Die nach Absatz 1 zuständige Behörde legt die Meldung dem Staatsministerium des Innern vor, das sie dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit weitergibt.

§ 4

Zuständige Behörden für den Vollzug von
Nebenvorschriften des Lebensmittelrechts

- (1) Abweichend von § 4 Satz 1 des Nitritgesetzes ist die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

- (2) Abweichend von § 1 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über vitaminisierte Lebensmittel ist die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

- (3) Abweichend von § 2 Satz 1 der Verordnung über Tee und teeähnliche Erzeugnisse ist die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

- (4) Abweichend von § 1 Abs. 3 Satz 1 der Bekanntmachung über fetthaltige Zubereitungen ist die Regierung zuständig.

§ 5

Schlußvorschriften

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

- (2) Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Durchführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes (DVLMBG) vom 18. Februar 1975 (GVBl S. 16) außer Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

Zuständigkeitsverordnung zur Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 29 Satz 1 der Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes vom 1. November 1940 (RMBl S. 289), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967), und auf Grund von § 37 Abs. 3 Satz 3 und § 46 Abs. 3 Satz 2 der Ausführungsbestimmungen A über die Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung der Schlachttiere und des Fleisches bei Schlachtungen im Inland — AB.A —, Beilage 1 zur Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes vom 1. November 1940 (RMBl S. 289), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. September 1975 (BGBl I S. 2313), erläßt

die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 8 Abs. 3 Satz 2, von § 23 und von § 25 der Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

§ 2

Abweichend von § 37 Abs. 3 Satz 2 und von § 46 Abs. 3 Satz 1 der Ausführungsbestimmungen A ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

**Zuständigkeitsverordnung
zu § 5 b Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes**

Vom 7. November 1975

Auf Grund von § 5 b Abs. 6 Satz 7 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1952 (BGBl I S. 837), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1975 (BGBl I S. 2121), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 5b Abs. 6 Satz 5 des Straßenverkehrsgesetzes ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

**Zuständigkeitsverordnung
zum Wassersicherstellungsgesetz
(ZustVWasSG)**

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 26 Abs. 1 Satz 4 des Wassersicherstellungsgesetzes vom 24. August 1965 (BGBl I S. 1225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 1975 (BGBl I S. 705), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 26 Abs. 1 Satz 1 des Wassersicherstellungsgesetzes ist für die kreisangehörigen Gemeinden an Stelle der oberen Wasserbehörde das Landratsamt zuständige Behörde für den Vollzug der §§ 5 und 6, des § 7 Abs. 2 in Verbindung mit den §§ 5 und 6, der §§ 8 und 9 Abs. 2, des § 10, des § 11 Abs. 2, des § 12 Abs. 2, des § 18 Abs. 1 und 2, des § 19 Abs. 3, des § 20 Abs. 2 sowie des § 21 Abs. 3 in Verbindung mit § 19 Abs. 3.

§ 2

Die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel für Aufwendungsersatz (§ 10, § 11 Abs. 2 und § 12 Abs. 2) und für Entschädigungen (§§ 19 und 21) obliegt dem Landesamt für Wasserwirtschaft.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

**Verordnung
über Zuständigkeiten im Warndienst**

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Satz 4 der Verordnung über den Anschluß von Behörden und Betrieben an den Luftschutzwarnndienst vom 20. Juli 1961 (BGBl I S. 1037), geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967), und des § 8 Abs. 1 Satz 2 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBl I S. 1696), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 und 3 und Satz 2 der Verordnung über den Anschluß von Behörden und Betrieben an den Luftschutzwarnndienst ist an Stelle der obersten Landesbehörde die Regierung zuständig.

§ 2

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden abweichend von § 8 Abs. 2 Satz 1 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu bestimmen. Im Einzelfall kann an Stelle der zuständigen Behörde das Staatsministerium des Innern oder auf dessen Weisung eine andere Staatsbehörde tätig werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Übertragung von Aufgaben der Regierung nach dem Bundesbaugesetz auf die Kreisverwaltungsbehörden**

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 147 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl I S. 341), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1975 (BGBl I S. 1037), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Übertragung von Aufgaben der Regierung nach dem Bundesbaugesetz auf die Kreisverwaltungsbehörden vom 23. Oktober 1968 (GVBl S. 327), zuletzt geändert durch Verordnung

vom 4. Dezember 1973 (GVBl S. 650), wird wie folgt geändert:

1. Die Verordnung erhält folgende Überschrift:
„Zuständigkeitsverordnung zum Bundesbaugesetz (Delegationsverordnung — DelVBBauG —)“;
2. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

(1) Die Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörde (Enteignungsbehörde) nach dem Fünften Teil des Bundesbaugesetzes werden für die kreisangehörigen Gemeinden den Kreisverwaltungsbehörden übertragen. Satz 1 gilt auch, soweit nach anderen Bestimmungen des Bundesbaugesetzes Vorschriften des Fünften Teiles sinngemäß Anwendung finden.

(2) Den Kreisverwaltungsbehörden werden für die kreisangehörigen Gemeinden außerdem die Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörde nach § 16 Abs. 1 Satz 2, § 17 Abs. 1 Satz 3, § 17 Abs. 3, § 18 Abs. 2 Satz 2, § 25 Abs. 1 Satz 1, § 25 Abs. 4, § 28 Satz 3, § 40 Abs. 6 Satz 1, § 41 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 40 Abs. 6 Satz 1, § 43 Abs. 2 Satz 4, § 44 Abs. 3 Satz 3, § 126 Abs. 2 Satz 2 und § 151 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 BBauG übertragen.“;

3. in § 3 erhält der Eingangssatz folgende Fassung:
„Soweit die Kreisverwaltungsbehörden nach § 2 für die Genehmigung von Bebauungsplänen zuständig sind, werden ihnen ferner folgende Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörde übertragen.“.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Enteignungsverfahren, für die der Enteignungsantrag beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits eingereicht ist (§ 105 Abs. 1 Satz 1 BBauG), sind nach den bisher geltenden Zuständigkeitsvorschriften weiterzuführen.

(3) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, die Verordnung über die Übertragung von Aufgaben der Regierung nach dem Bundesbaugesetz auf die Kreisverwaltungsbehörden neu bekanntzumachen.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

**Verordnung
über Zuständigkeiten im Kleingartenrecht**

Vom 7. November 1975

Auf Grund

1. des § 1 Abs. 1 Satz 2 und des § 4 Abs. 1 Satz 2 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 (RGBl S. 1371), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),
2. des § 2 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes zur Ergänzung der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 26. Juni 1935 (RGBl I S. 809), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),
3. des § 2 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung kleingartenrechtlicher Vorschriften vom 28. Juli 1969 (BGBl I S. 1013), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),

4. des § 1 Abs. 3 Satz 3 und des § 3 Abs. 6 Satz 1 der Verordnung über Kündigungsschutz und andere kleingartenrechtliche Vorschriften in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1944 (RGBl I S. 347), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),

erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 1 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung ist an Stelle der unteren Verwaltungsbehörde die Gemeinde zuständig.

§ 2

Abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Gesetzes zur Ergänzung der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung ist an Stelle der unteren Verwaltungsbehörde die Gemeinde zuständig.

§ 3

Abweichend von § 2 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung kleingartenrechtlicher Vorschriften ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die Gemeinde zuständig.

§ 4

(1) Abweichend von § 1 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung über Kündigungsschutz und andere kleingartenrechtliche Vorschriften ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die Gemeinde zuständig.

(2) Abweichend von § 3 Abs. 1 Sätze 2 und 3 und Abs. 2 Sätze 3, 6 und 7 der Verordnung über Kündigungsschutz und andere kleingartenrechtliche Vorschriften ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.
München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

**Zuständigkeitsverordnung
zu § 67 Abs. 3 des Bewertungsgesetzes**

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 67 Abs. 3 Nr. 3 Satz 4 des Bewertungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 1974 (BGBl I S. 2369), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 67 Abs. 3 Nr. 3 Satz 1 des Bewertungsgesetzes beruft die Oberfinanzdirektion im Einvernehmen mit den in ihrem Bezirk liegenden Regierungen die sachkundigen Mitglieder des Gutachterausschusses. Bei der forstwirtschaftlichen Abteilung treten die Oberforstdirektionen an die Stelle der Regierungen. Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Rücknahme der Berufung.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.
München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

Verordnung über Zuständigkeiten im Energiewirtschafts- recht (ZustVENG)

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 11 Abs. 2 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl I S. 1451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685), und des § 6 Satz 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft vom 31. August 1937 (RGBl I S. 918), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die Befugnisse nach § 11 Abs. 2 des Energiewirtschaftsgesetzes werden auf die Kreisverwaltungsbehörden übertragen.

(2) Örtlich zuständig ist die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Bereich der zu enteignende Gegenstand liegt.

(3) Wird gemäß Art. 19 Abs. 3 des Bayerischen Gesetzes über die entschädigungspflichtige Enteignung eine Kreisverwaltungsbehörde bestimmt, das Enteignungsverfahren einheitlich durchzuführen, so ist diese Behörde auch zur Entscheidung nach § 11 Abs. 2 des Energiewirtschaftsgesetzes zuständig.

§ 2

Abweichend von § 6 Satz 1 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft ist die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.
München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h.c. G o p p e l

Erste Zuständigkeitsverordnung zur Handwerksordnung (1. ZustVHwO)

Vom 7. November 1975

Auf Grund von § 4 Abs. 4 Satz 2, § 8 Abs. 3 Satz 4, § 16 Abs. 3 Satz 4, § 47 Abs. 1 Satz 6, § 49 Abs. 3 Satz 2, § 113 Abs. 2 Satz 4 und § 116 Satz 2 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1965 (BGBl 1966 I S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 1975 (BGBl I S. 705), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die der Landesregierung zustehenden Befugnisse nach § 4 Abs. 4 Satz 1, § 8 Abs. 3 Satz 3, § 16 Abs. 3 Satz 4, § 47 Abs. 1 Satz 5, § 49 Abs. 3 Satz 2, § 113 Abs. 2 Satz 4 und § 116 Satz 1 der Handwerksordnung werden auf das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr übertragen.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Erste Zuständigkeitsverordnung (1. ZustVHandwO) vom 18. April 1972 (GVBl S. 162) außer Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h.c. G o p p e l

Verordnung zur Ausführung des Güterkraftverkehrs- gesetzes (AVGüKG)

Vom 7. November 1975

Auf Grund von § 2 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 und 4, § 6 Abs. 1, 3 und 5, § 6a Abs. 1, § 51 Abs. 1 und 3, § 84g Halbsatz 2, § 92 Abs. 1 Satz 2 und § 107 Satz 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1975 (BGBl I S. 2132, ber. S. 2480), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die Regierungen werden ermächtigt

1. gemäß § 2 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 4 des Güterkraftverkehrsgesetzes durch Rechtsverordnung Gemeinden mit mehr als hunderttausend Einwohnern oder mit einer Fläche von mehr als hundert Quadratkilometern in Bezirke einzuteilen und für jeden Bezirk einen Ortsmittelpunkt (bezirklicher Ortsmittelpunkt) zu bestimmen,
2. gemäß § 2 Abs. 3 und 4 des Güterkraftverkehrsgesetzes durch Rechtsverordnung für die in ihrem Gebietsumfang geänderten und neugebildeten Gemeinden bis zu drei bezirkliche Ortsmittelpunkte zu bestimmen.

(2) Die Kreisverwaltungsbehörden werden ermächtigt, gemäß § 2 Abs. 4 des Güterkraftverkehrsgesetzes durch Rechtsverordnung die Ortsmittelpunkte der Gemeinden zu bestimmen, soweit nicht bezirkliche Ortsmittelpunkte gemäß Absatz 1 bestimmt werden können und die Regierungen von der Ermächtigung nach Absatz 1 Gebrauch machen.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 zuständigen Behörden geben die Nahzone für jede Gemeinde öffentlich bekannt.

§ 2

Als zuständige Behörden werden bestimmt:

1. zur Entscheidung über die Bestimmung des Standorts nach § 6 Abs. 1 und § 51 Abs. 1 Satz 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes und zur Erteilung der amtlichen Bescheinigung nach § 6 Abs. 3 und § 51 Abs. 1 Satz 2 des Güterkraftverkehrsgesetzes die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Bezirk der vom Antragsteller bezeichnete Standort des Kraftfahrzeuges liegt,
2. zur Bestimmung eines angenommenen Standorts nach § 6a Abs. 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Antragsteller den Sitz oder die Niederlassung hat,
3. für die Entscheidung nach § 6 Abs. 5 und § 51 Abs. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Ort liegt, der vorübergehend zum Standort erklärt werden soll,
4. abweichend von § 92 Abs. 1 Satz 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes für die Erteilung der Genehmigung anstelle der höheren Landesverkehrsbehörde die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Linienverkehr ausschließlich betrieben werden soll.

§ 3

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, Tarife nach § 84g des Güterkraftverkehrsgesetzes festzusetzen und durch Rechtsverordnung zu erlassen.

§ 4

Soweit im Rahmen der kommunalen Neugliederung selbständige Gemeinden aufhören zu bestehen oder in ihrem Gebietsstand geändert werden, gelten

die bis zur Neugliederung bestehenden Gemeinden bis zu sechs Jahren seit Wirksamwerden der Neugliederung, längstens jedoch bis zur Bestimmung eines Ortsmittelpunktes für die neue Gemeinde, weiterhin als Gemeinden im Sinn des Güterkraftverkehrsgesetzes mit dem Gebietsstand, den sie am Tag vor dem Wirksamwerden der Neugliederung hatten.

§ 5

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Verordnung zur Ausführung des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 13. Februar 1973 (GVBl S. 34) und die Zweite Verordnung zur Ausführung des Güterkraftverkehrsgesetzes (2. VA GüKG) vom 4. März 1971 (GVBl S. 76) außer Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h.c. G o p p e l

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten des Landesjugendamts

Vom 7. November 1975

Auf Grund von § 49 Abs. 1 Satz 3, § 74 Abs. 2 und § 78 Abs. 7 Satz 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1970 (BGBl I S. 1197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1975 (BGBl I S. 2189), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten des Landesjugendamts vom 11. Juli 1962 (GVBl S. 104) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Zuständigkeitsverordnung zum Jugendwohlfahrtsgesetz (ZustVJWG)“
2. Im Einleitungssatz werden die Worte „der §§ 74 Abs. 2 und 89“ ersetzt durch die Worte „von § 49 Abs. 1 Satz 3, § 74 Abs. 2, § 78 Abs. 7 Satz 2 und § 89“.
3. In § 1 werden nach der Zahl „75“ die Worte „sowie der Hilfe nach § 75 a“ eingefügt.
4. Dem § 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) Für die Fortführung der Hilfe nach § 75 a des Gesetzes für Jugendwohlfahrt bleibt die nach den Absätzen 1 und 2 begründete Zuständigkeit eines Jugendamtes erhalten.“
5. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt:
„Die Regierung ist auch zuständig zur Untersagung des Betriebs einer Einrichtung nach § 78 Abs. 7 Satz 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt.“;
 - b) in Absatz 2 werden das Wort „Kindergärten“ und der folgende Beistrich gestrichen; es wird folgender Satz 2 angefügt:
„Satz 1 gilt entsprechend für die Befugnis nach § 78 Abs. 7 Satz 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt.“
6. Es wird folgender § 3 a eingefügt:

„§ 3 a

Abweichend von § 49 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt ist an Stelle des Landesjugendamtes die Regierung zuständig.“

§ 2

(1) § 1 Nrn. 3 und 4 dieser Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft. Im übrigen tritt diese Verordnung am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, die Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten des Landesjugendamts mit neuer Paragraphenfolge neu bekanntzumachen.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h.c. G o p p e l

Verordnung zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (DVJASchG)

Vom 7. November 1975

Auf Grund von § 53 Abs. 2, § 60 Abs. 1 Sätze 1 und 2, § 62 Satz 1 und § 64 Abs. 1 Satz 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 9. August 1960 (BGBl I S. 665), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl I S. 469), und auf Grund des § 26 Abs. 4 Satz 2 des Jugenschutzgesetzes vom 30. April 1938 (RGBl I S. 437), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

- (1) Aufsichtsbehörden im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes sind
 1. in Betrieben, die einer bergbehördlichen Aufsicht nach dem Berggesetz vom 10. Januar 1967 (GVBl S. 185), der Verordnung über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze vom 31. Dezember 1942 (RGBl 1943 I S. 17), der Verordnung über die Bergbehörden vom 10. September 1931 (BayBS IV S. 128) oder dem Gesetz über die behälterlose unterirdische Speicherung von Gas vom 25. Oktober 1966 (GVBl S. 335) unterliegen, die Bergämter,
 2. im übrigen die Gewerbeaufsichtsämter.
- (2) Maßnahmen in Betrieben der Landwirtschaft, zu denen die Aufsichtsbehörden nach § 11 Abs. 1, § 14 Abs. 4, § 37 Abs. 3, § 38 Abs. 2, § 40 Abs. 3, § 42 Abs. 2, § 47 Abs. 2 sowie §§ 48 und 61 des Jugendarbeitsschutzgesetzes ermächtigt sind, werden im Benehmen mit dem für den Betrieb zuständigen Landwirtschaftsamt getroffen.

§ 2

Ausnahmen nach § 62 des Jugendarbeitsschutzgesetzes bewilligt das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung; bei Betrieben, die der bergbehördlichen Aufsicht unterliegen, bedarf es hierzu des Einvernehmens mit dem Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, bei landwirtschaftlichen Betrieben des Einvernehmens mit dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

§ 3

Oberste Landesbehörde im Sinne des § 64 Abs. 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes ist das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung.

§ 4

Die Aufsicht über die Ausführung der für die Beschäftigung in Familienhaushalten geltenden Vorschriften wird auf gelegentliche Revisionen beschränkt.

§ 5

(1) Für die Kosten einer ärztlichen Untersuchung nach den §§ 45 oder 48 des Jugendarbeitsschutzgesetzes wird ein Pauschbetrag von 32,70 DM für jede Untersuchung erstattet.

(2) Die Kosten für die Ergänzungsuntersuchungen nach § 4 der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 2. Oktober 1961 (BGBl I S. 1789), geändert durch Verordnung vom 5. September 1968 (BGBl I S. 1013), werden entsprechend den Einzelleistungen nach den einfachen Sätzen der Gebührenverzeichnisse zur Gebührenordnung für Ärzte vom 18. März 1965 (BGBl I S. 89) und zur Gebührenordnung für Zahnärzte vom 18. März 1965 (BGBl I S. 123) erstattet.

(3) In den Beträgen nach den Absätzen 1 und 2 sind sämtliche sonstige Kosten, die dem Arzt bei der Untersuchung entstehen, einschließlich der Kosten für die erforderlichen Formblätter, abgegolten.

§ 6

Abweichend von § 26 Abs. 4 Satz 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde das Gewerbeaufsichtsamt zuständig. Örtlich zuständig ist das Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat oder sonst der Schwerpunkt der Angelegenheit liegt; kann danach die Zuständigkeit nicht bestimmt werden, so bestimmt das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung das zuständige Gewerbeaufsichtsamt.

§ 7

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Verordnung zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 13. Oktober 1960 (GVBl S. 235) und die Vierte Verordnung zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 23. November 1965 (GVBl S. 326), geändert durch Verordnung vom 8. Juli 1968 (GVBl S. 226), außer Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

Verordnung über Zuständigkeiten im Arbeitszeitrecht

Vom 7. November 1975

Auf Grund

1. des § 27 Abs. 4 Satz 2 der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 (RGBl I S. 447), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),
2. der Nummer 47 Satz 4 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung vom 12. Dezember 1938 (RGBl I S. 1799), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),
3. des § 4 Abs. 2 Satz 3 und des § 10 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 29. Juni 1936 (RGBl I S. 521), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685),
4. des Art. 2 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 30. Juni 1936 (RGBl I S. 527), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl I S. 967),

erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 27 Abs. 4 Satz 1 der Arbeitszeitordnung ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde das Gewerbeaufsichtsamt zuständig. Örtlich zuständig ist das Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat oder sonst der Schwerpunkt der Angelegenheit liegt; kann danach die Zuständigkeit nicht bestimmt werden, so bestimmt das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung das zuständige Gewerbeaufsichtsamt.

§ 2

Abweichend von Nummer 47 Satz 3 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung ist an Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die Kreisverwaltungsbehörde zuständig.

§ 3

Abweichend von § 4 Abs. 2 Satz 2 und von § 10 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien ist an Stelle der oberen Verwaltungsbehörde das Gewerbeaufsichtsamt zuständig. § 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 4

Abweichend von Art. 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien ist an Stelle der oberen Verwaltungsbehörde das Gewerbeaufsichtsamt zuständig.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.
München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

Zuständigkeitsverordnung zum Ladenschlußgesetz (ZustVLadSchlG)

Vom 7. November 1975

Auf Grund von § 11 Abs. 1, § 12 Abs. 2 Satz 3, § 14 Abs. 1 Satz 3, § 15 Satz 2, § 16 Abs. 1 Satz 2, § 22 Abs. 1 Halbsatz 2 und § 28 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. März 1975 (BGBl I S. 685), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die Befugnisse nach § 11 Abs. 1, § 12 Abs. 2 Satz 3 und § 15 Satz 2 des Ladenschlußgesetzes werden auf die Kreisverwaltungsbehörden übertragen. Die Kreisverwaltungsbehörden sind auch zuständige Verwaltungsbehörden im Sinne von § 4 Abs. 2 Satz 1 des Ladenschlußgesetzes sowie im Sinne des § 2 der Verordnung über die Ladenschlußzeiten für die Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen vom 18. Juli 1963 (BGBl I S. 501).

(2) Die Befugnisse nach § 14 Abs. 1 Satz 3 und § 16 Abs. 1 Satz 2 des Ladenschlußgesetzes werden auf die Gemeinden übertragen. Die Gemeinden sind auch zuständige Verwaltungsbehörden im Sinne von § 19 Abs. 1 und § 20 Abs. 2 a des Ladenschlußgesetzes.

(3) Oberste Landesbehörde im Sinne des § 23 Abs. 1 des Ladenschlußgesetzes ist das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung.

§ 2

Aufsichtsbehörden im Sinne des § 22 Abs. 1 des Ladenschlußgesetzes sind die Gewerbeaufsichtsämter. Neben den Gewerbeaufsichtsämtern üben die Ge-

meinden die Aufsicht über die Durchführung der §§ 3 bis 7, des § 8 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2, der §§ 9 bis 12, der §§ 14 bis 16, der §§ 18, 20 Abs. 1 und 2 und des § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Ladenschlußgesetzes sowie der auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Vorschriften aus.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Durchführung des Ladenschlußgesetzes vom 8. August 1974 (GVBl S. 400) außer Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

Zuständigkeitsverordnung

zu § 36 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsoferversorgung

Vom 7. November 1975

Auf Grund des § 36 Satz 3 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsoferversorgung vom 2. Mai 1955 (BGBl I S. 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juni 1975 (BGBl I S. 1321), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 36 Satz 2 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsoferversorgung ist an Stelle der obersten Landesbehörde das Landesversorgungsamt zuständig.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

Zuständigkeitsverordnung

zum Gräbergesetz

Vom 7. November 1975

Auf Grund von § 6 Abs. 4 Satz 3, § 8 Satz 3 und § 12 Abs. 1 des Gräbergesetzes vom 1. Juli 1965 (BGBl I S. 589), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 1975 (BGBl I S. 705), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Aufgaben nach dem Gräbergesetz werden, soweit im Gesetz oder in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, von den Kreisverwaltungsbehörden wahrgenommen.

§ 2

Die Aufgaben nach § 5 Abs. 1 und 3 des Gräbergesetzes werden, soweit sie sich nicht auf § 1 Abs. 1 Nr. 4 des Gräbergesetzes beziehen, von den Gemeinden im übertragenen Wirkungskreis wahrgenommen.

§ 3

Abweichend von § 6 Abs. 4 Satz 2 Halbsatz 2 und von § 8 Satz 1 des Gräbergesetzes ist an Stelle der obersten Landesbehörde die Regierung zuständig.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Ausführung des § 12 Absatz 1 des Gräbergesetzes vom 8. November 1966 (GVBl S. 436) außer Kraft.

München, den 7. November 1975

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

Verordnung

über die staatlichen Realschulen Amberg, München II, Simbach a. Inn, Taufkirchen bei München, Unterpfaffenhofen und Weiden i. d. OPf.

Vom 24. September 1975

Auf Grund des Art. 5 Abs. 1 und des Art. 37 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 9. März 1960 (GVBl S. 19), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 1974 (GVBl S. 354), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

(1) Mit Wirkung vom 1. August 1975 werden im Rahmen des Bayerischen Schulentwicklungsplanes folgende staatliche Realschulen errichtet:

1. Staatliche Realschule (für Knaben und Mädchen) Amberg,
2. Staatliche Realschule (für Knaben und Mädchen) München II,
3. Staatliche Realschule für Knaben Simbach a. Inn,
4. Staatliche Realschule (für Knaben und Mädchen) Taufkirchen bei München,
5. Staatliche Realschule (für Knaben und Mädchen) Unterpfaffenhofen.

(2) Die Staatliche Realschule (für Knaben und Mädchen) Weiden i. d. OPf. wird mit Wirkung vom 1. August 1975 in eine Staatliche Realschule für Knaben Weiden i. d. OPf. umgewandelt. Schülerinnen, die diese Schule im Schuljahr 1974/75 in der 8. und 9. Jahrgangsstufe besucht haben, können dort zum Schulabschluß geführt werden.

§ 2

Die in § 1 Abs. 2 genannte Schule führt den Unterricht in allen Jahrgangsstufen, die in § 1 Abs. 1 Nr. 5 aufgeführte Schule führt den Unterricht in der 7., 8. und 9. Jahrgangsstufe, die übrigen in § 1 Abs. 1 genannten Schulen nehmen den Unterricht jeweils mit der 7. Jahrgangsstufe auf.

§ 3

Träger des Aufwandes für das Hauspersonal und des Sachaufwandes im Sinne der Art. 2, 3 und 4 des Schulfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1966 (GVBl S. 111), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 1972 (GVBl S. 189), ist bei den in § 1 Abs. 1 unter Nrn. 1 und 2 genannten Schulen die jeweils zuständige Stadt, im Falle des § 1 Abs. 2 die Stadt Weiden i. d. OPf., im Falle des § 1 Abs. 1 Nr. 4 der Zweckverband Staatliche Realschule Taufkirchen, in den übrigen Fällen von § 1 Abs. 1 der jeweils zuständige Landkreis.

§ 4

(1) Die Schulaufsicht wird vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus und den jeweils zuständigen Ministerialbeauftragten für die Realschulen ausgeübt.

(2) Die jeweils zuständige Regierung ist übergeordnete Dienststelle im Sinne der Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung.

(3) Die Aufgaben der Gesundheitsaufsicht und der Bauaufsicht werden der jeweils zuständigen Regierung übertragen.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1975 in Kraft.

München, den 24. September 1975

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Verordnung über die Errichtung einer staatlichen Berufs- oberschule in Scheyern

Vom 10. Oktober 1975

Auf Grund des Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 9. März 1960 (GVBl S. 19), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 1974 (GVBl S. 354), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Mit Wirkung vom 1. August 1976 wird eine staatliche Berufsoberschule der Ausbildungsrichtung Technik und Gewerbe in Scheyern errichtet.

§ 2

Die Staatliche Berufsoberschule Scheyern wird unter gemeinsamer Leitung in Verbindung mit der Staatlichen gewerblichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Berufsschule Pfaffenhofen a. d. Ilm geführt.

§ 3

Träger des Schulaufwands im Sinne des Art. 4 Abs. 1 und des Art. 61 Abs. 2 des Gesetzes über das berufliche Schulwesen vom 15. Juni 1972 (GVBl S. 189), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 1974 (GVBl S. 503), ist der Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm.

§ 4

(1) Die Schulaufsicht wird vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus ausgeübt.

(2) Die Regierung von Oberbayern ist übergeordnete Dienststelle im Sinne der Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung.

(3) Die Aufgaben der Gesundheitsaufsicht und der Bauaufsicht werden der Regierung von Oberbayern übertragen.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. August 1976 in Kraft.

München, den 10. Oktober 1975

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsmini- steriums für Unterricht und Kultus

Vom 16. Oktober 1975

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1, Art. 35 Abs. 3, Art. 68 Abs. 1, Art. 73, Art. 74 Abs. 3, Art. 79 und Art. 86 a

Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

(1) Ernennungsbehörden sind

1. für die Beamten des Freistaates Bayern der Besoldungsgruppen A 9 bis A 14 an Volksschulen und Sonderschulen (ausgenommen Beamte an den Landesschulen für Blinde, Gehörlose und Körperbehinderte)

die Regierungen,

2. für die Beamten des Freistaates Bayern der Besoldungsgruppen A 1 bis A 14 an Berufsschulen, Berufsfachschulen einschließlich Wirtschaftsschulen, Fachschulen, Fachakademien und Berufsoberschulen

die Regierungen,

3. für die Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, der Staatlichen Antikensammlungen und Glyptothek, der Staatlichen Graphischen Sammlung, der Staatlichen Münzsammlung, der Staatlichen Sammlung Ägyptischer Kunst

die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen in München,

4. für die Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 des Bayerischen Nationalmuseums, des Museums für Völkerkunde, des Museums für Abgüsse klassischer Bildwerke, des Armceumuseums, der Neuen Sammlung — Museum für angewandte Kunst —, der Prähistorischen Staatssammlung — Museum für Vor- und Frühgeschichte —

das Bayerische Nationalmuseum in München,

5. für die Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 der Generaldirektionen der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, der Staatlichen Archive Bayerns und der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns und der ihnen unmittelbar nachgeordneten Behörden

diese Generaldirektionen,

6. für die Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege

dieses Amt,

7. für die Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 der Landesuniversitäten

die zuständige Landesuniversität,

8. für die Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 der Gesamthochschule Bamberg

die Gesamthochschule Bamberg.

(2) Absatz 1 gilt auch für Ernennungen, die der ersten Verleihung eines Amtes dieser Besoldungsgruppen vorausgehen. Ausgenommen sind die Beamten auf Widerruf für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes.

(3) Im Bereich der in Absatz 1 Nr. 2 genannten beruflichen Schulen sind die Regierungen zuständig für die Übernahme der Beamten an kommunalen Schulen dieser Art in den Dienst des Freistaates Bayern gemäß Art. 37 des Bayerischen Beamtengesetzes in Verbindung mit § 129 Abs. 3 und § 128 Abs. 3 und 4 des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

§ 2

(1) Die Befugnisse nach Art. 68 Abs. 1, Art. 73, Art. 74 Abs. 3, Art. 79 und Art. 86 a des Bayerischen Beamtengesetzes werden für die Beamten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes

1. der in § 1 Abs. 1 Nr. 3 genannten Behörden

- den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen in München,
2. der in § 1 Abs. 1 Nr. 4 genannten Behörden dem Bayerischen Nationalmuseum in München,
 3. der in § 1 Abs. 1 Nr. 5 genannten Behörden der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken, der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und der Generaldirektion der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns diesen Generaldirektionen,
 4. des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege diesem Amt,
 5. der Landesuniversitäten der zuständigen Landesuniversität,
 6. der Gesamthochschule Bamberg dieser Hochschule übertragen.

(2) Die Befugnisse nach Art. 39 Abs. 1 Nr. 2, Art. 68 Abs. 1, Art. 73, Art. 74 Abs. 3, Art. 79 und Art. 86 a des Bayerischen Beamtengesetzes werden für die in § 1 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 genannten Beamten den Regierungen übertragen.

§ 3

(1) § 1 Abs. 3 dieser Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1975 in Kraft. Im übrigen tritt diese Verordnung am 1. Dezember 1975 in Kraft.

(2) Die Verordnung über beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 21. Januar 1971 (GVBl S. 71), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 1974 (GVBl S. 810), tritt am 30. November 1975 außer Kraft. Abweichend davon tritt § 1 Abs. 3 mit Wirkung vom 30. April 1975 außer Kraft.

München, den 16. Oktober 1975

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Verordnung

zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit für die Genehmigung von Auslandsdienstreisen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Vom 27. Oktober 1975

Auf Grund des Art. 21 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Reisekostengesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

§ 1 Nr. 1 der Verordnung über die Zuständigkeit für die Genehmigung von Auslandsdienstreisen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 18. Mai 1972 (GVBl S. 206) erhält folgende Fassung:

„1. der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München,

den Landesuniversitäten,
der Gesamthochschule Bamberg,
der Orthopädischen Klinik München
für ihre Beamten“.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1975 in Kraft.

München, den 27. Oktober 1975

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

**Änderung der Satzung
der Bayerischen Landesbrandversicherungs-
anstalt**

Vom 13. Oktober 1975

Auf Grund des Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen vom 7. Dezember 1933 (BayBS I S. 242), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juni 1974 (GVBl S. 245), wird die Satzung der Bayerischen Landesbrandversicherungsanstalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1971 (GVBl S. 111), zuletzt geändert am 31. August 1973 (GVBl S. 530), mit Zustimmung des Landesausschusses und mit Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern (Schreiben vom 20. Juni 1975 Nr. I A 4 — 938 — 10/3 und Schreiben vom 25. Juli 1975 Nr. I A 4 — 938 — 10/6), des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr (Schreiben vom 13. Juni 1975 Nr. 5141 b — IV/6 a — 30 940 und Schreiben vom 28. Juli 1975 Nr. 5141 b — IV/6 a — 40 398) und des Ministeriums des Innern des Landes Rheinland-Pfalz (Schreiben vom 2. Juli 1975 Az: 151-03/3 Nr. 1 und Schreiben vom 10. September 1975 Az: 151-03/3 Nr. 1) wie folgt geändert:

Art. 1

1. § 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

Der Punkt nach Nummer 6 wird durch ein Komma ersetzt, folgende neue Nummer 7 wird angefügt:
„7. Festsetzung der Aufwandsentschädigung.“

2. § 2 Abs. 12 erhält folgende Fassung:

„(12) Die Landesausschußmitglieder und die zu einer Sitzung eingeladenen Stellvertreter erhalten eine Aufwandsentschädigung (Reisekosten, Tagegelder und Übernachtungsgelder).“

3. § 39 Abs. 3 wird gestrichen.

4. In § 70 Buchst. A Nrn. 1 bis 3 wird jeweils die Zahl „2000“ durch die Zahl „3500“ ersetzt.

Art. 2

Es treten in Kraft:

- a) Die Änderung nach Art. 1 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. Oktober 1973,
- b) die Änderungen nach Art. 1 Nrn. 1 und 2 mit Wirkung vom 1. Juli 1974,
- c) die Änderung nach Art. 1 Nr. 4 mit Wirkung vom 1. April 1975.

München, den 13. Oktober 1975

Bayerische Versicherungskammer
Wilhelm Knies, Präsident